

## Redebeitrag NK Watch 8.5.22 auf der Entnazifizierung Jetzt!-Demo

Seit Jahren verüben Neonazis Anschläge im Bezirk Neukölln und greifen Menschen an. Ihre Gewalt richtet sich gegen Migrant\*innen im Kiez, deren Anwesenheit nicht in ihr kleinkariertes Weltbild passt. Ihre Gewalt richtet sich auch gegen die, die sich ihnen politisch in den Weg stellen und einen zivilgesellschaftlichen Widerstand organisieren.

Allerdings gehören zu den Täterkreisen in Neukölln nicht nur "klassische Neonazis". Nein, wir sehen einen Komplex - und daher sprechen wir von "Neukölln-Komplex" - der ebenfalls die AfD und die Sicherheitsbehörden umfasst. Es waren stets Antifaschist\*innen, die mit ihrer jahrelangen Recherche darauf aufmerksam machten, was die Betroffenen der Gewalt schon lange wussten und der Staat zu verschweigen versuchte.

Die zahlreichen Angriffe und Anschläge in Neukölln sind nicht das Werk einzelner. Hier agiert ein extrem rechtes Netzwerk - eine Symbiose aus Neonazis, AfD'lern und Fußball-Hooligans mit besten Verbindungen in die Sicherheitsbehörden.

Die Berliner Polizei interessiert sich seit Jahren einen Scheiß für die Vorkommnisse in Neukölln. Stattdessen kriminalisiert sie Migrant\*innen und ganze Kieze durch Razzien in Shishabars, Rumgeleier von Clan-Kriminalität und rassistischen Polizeikontrollen am laufenden Band. Sie markiert Zielobjekte. Sie schafft ein Klima der Unsicherheit und sät den Boden für rechte Gewalttaten. Diesen Eifer gab es im Neukölln-Komplex nicht. Stattdessen richtete sie Anfang 2020 sogar eine eigene Sonderkommission ein, um den politischen Widerstand gegen die AfD zu kriminalisieren.

Die Polizei steht für eine Kultur des Wegschauens, wenn es um Nazis im Neukölln-Komplex geht. Und sie steht für eine Kultur des Polizeiknüppels, wenn es um antifaschistische und antirassistische Proteste geht.

Doch zurück zu den rechten Strukturen im Neukölln-Komplex. Vieles ist darüber bekannt. Doch kaum jemand wurde je zur Verantwortung gezogen. Sonderermittlungseinheiten der Polizei kamen und gingen. Sie ermittelten größtenteils im Geheimen. Berichte zu ihren Ergebnissen blieben größtenteils unveröffentlicht. Die Betroffenen der Angriffe bekamen vom Staat keine Klarheit. Vielmehr noch werden in den letzten Jahren immer mehr Fehler und Versäumnisse der Ermittlungseinheiten öffentlich.

So ist bekannt, dass Verfassungsschutz und Polizei von Vorbereitungen für einen neonazistischen Brandanschlag wussten und die betroffene Person trotzdem nicht warnten.

Es ist bekannt, dass ein leitender Beamter des damaligen Polizeiabschnitts 65 (heute 35) in den Nazichatgruppen mitmischte und sich Streifenbeamte im Dienst Nazi-Devotionalien anschauten. Es ist ebenfalls bekannt, dass ein Staatsanwalt und ein Oberstaatsanwalt, die mit der juristischen Aufarbeitung beauftragt waren, wegen Verdacht auf Befangenheit und Fehlverhalten abgezogen werden mussten.

Und es ist bekannt, dass der Polizist Stefan K., der in einer der Ermittlungsgruppe gegen rechts in Neukölln tätig war, selbst rassistischer Täter ist. Erst am Freitag wurde er wegen eines gewalttätigen Übergriffs zu 120 Tagessätzen verurteilt. Der Betroffene der Gewalt wurde vom damaligen Innensenator Geisel nach Afghanistan abgeschoben und leidet bis heute unter der Tat. Der rassistische Polizist Stefan K. hatte Kontakt zu zahlreichen Betroffenen im Neukölln-Komplex - doch wie hätte ein Rassist ihnen jemals helfen können?

Alles aufzuzählen, was vom Neukölln-Komplex bekannt ist, würde den Rahmen des Redebeitrags sprengen. Aber wir sind sicher: Vieles liegt wegen der staatlichen Verdunkelung weiter nicht offen.

Daher haben wir stets die Forderung nach einem Untersuchungsausschuss unterstützt. Alle Akten offen legen, Polizei und Justiz in den Zeug\*innenstand, tatsächliche unabhängige Untersuchungen. Doch gleichzeitig ist uns bewusst, dass auch der rot-rot-grünen Koalition der Wille fehlt, auszurechnen aus der Logik von Dienstgeheimnissen und Innerer Sicherheit. Wir werden sehen, ob die Hoffnungen in den Untersuchungsausschuss berechtigt sind oder enttäuscht werden. Auch ob Rot-Rot-Grün naiv der FDP vertraut hat und die Verhinderung des AfD-Ausschussmitglieds ein Problem ist, wird sich zeigen.

Wenn aber zumindest einige richtige Fragen gestellt, die richtigen Beamt\*innen und Staatsanwält\*innen als Zeug:innen vorgeladen und die richtigen Akten eingefordert werden, könnten einige interessante Einblicke in das Innenleben der politischen Polizei und Staatsanwaltschaft entstehen. Hier können die Recherchen von Betroffenen und Antifaschist:innen ansetzen, unabhängig und unbestechlich.

Der Druck auf der Straße muss aufrecht erhalten werden, um allen Tätern im Neukölln-Komplex zu zeigen: wir wissen, was ihr tut. Und ihr tut es nicht unbeobachtet.